

## Bauern demonstrieren gegen Schleuderpreise

Landwirte machten am bundesweiten Aktionstag auf ihre Situation aufmerksam



Foto: Gunter Hübner

Zahlreiche Landwirte demonstrierten und informierten während des bundesweiten Aktionstages auch in der Gummersbacher Innenstadt.

**gh. Oberberg.** Traktoren in der Gummersbacher Fußgängerzone sind für Passanten wohl kein alltägliches Bild, doch dieses Mal standen sie bewusst vis-à-vis des neuen Forums. Die bergischen Landwirte wollten an einem bundesweit durchgeführten Aktionstag auch in der oberbergischen Kreisstadt Präsenz zeigen, um auf ihre immer prekärer werdende Situation aufmerksam zu machen.

"25 Cent für einen Liter Milch, 26 Cent für 200 Gramm Wurst und ein Cent von einem Brötchen. Was wir Landwirte für Lebensmittel erhalten, wird immer weniger und bedroht unsere Existenz", waren sich Peter Lautz, Vorsitzender der Kreisbauernschaft Rhein-Berg, und Helmut Dresbach, Vorsitzender der Kreisbauernschaft Oberberg, einig.

Gut 800 Landwirte bewirtschaften im Bergischen Land noch Feld und Stall, davon haben sich rund 270 Bauern auf Milchwirtschaft spezialisiert. Doch immer mehr unterliegen sie dem Preisdiktat des Lebensmitteleinzelhandels, denn allein vier Unternehmen teilen sich 85 Prozent des Marktes. Daneben trägt aber auch eine zunehmende Bürokratisierung in Deutschland und auf europäischer Ebene zu einem Mehr an Aufwand bei, der die Bauern bindet. So wollten die zahlreichen Landwirte an diesem Aktionstag den Verbrauchern demonstrieren, wie angespannt die Situation der Bauernfamilien ist und dass viele heimische Produkte, die täglich fast wie selbstverständlich auf den gedeckten Tisch kommen, wohl bald der Vergangenheit angehören.

"Zum Beispiel kommen schon heute zwei Drittel der im Laden angebotenen Eier aus dem benachbarten Ausland", hält Peter Lautz zum Erstaunen vieler vorbeikommender Passanten fest. "Uns bleiben Schleuderpreise, obwohl unsere angebotenen Lebensmittel noch nie so hochwertig in der Qualität waren wie heute", ist sich Helmut Dresbach sicher.

Wenn also regionale Strukturen erhalten bleiben sollen, darf sich der Billig-Trend nicht fortsetzen. Hier sind Politik, aber ebenso die Konsumenten aufgerufen, gegen zu steuern.